



CHINAPOLITAN

Ihr wöchentlicher Newsletter mit den wichtigsten News und Informationen zu Veranstaltungen und Jobs rund um das Thema China

Liebe Leser:innen,

die Entscheidung, das dritte Plenum des 20. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas auf Juli zu verschieben, wirft wichtige Fragen über die politische Agenda und die wirtschaftliche Ausrichtung Chinas auf. Das dritte Plenum sollte ursprünglich am Jahresende 2023 stattfinden - 45 Jahre nach dem historischen dritten Plenum, auf dem Deng Xiaoping die Reform- und Öffnungspolitik eingeleitet hat. Die auffällige Verschiebung des symbolisch wichtigen Plenums ist vor dem Hintergrund der breiten und kontroversen Diskussion innerhalb der chinesischen Elite über notwendige Reformen und über Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und Förderung des Wohlstands zu sehen.

Vor allem chinesische Ökonomen beteiligen sich intensiv an dieser Diskussion. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche wirtschaftspolitische Richtung die Regierung unter Präsident Xi Jinping künftig einschlagen wird. Es gibt unter chinesischen Ökonomen zwei Einschätzungen dazu: eine optimistische und eine pessimistische.

Die pessimistische Interpretation nennt als wichtige Aspekte etwa Xis Skepsis gegenüber dem privaten Sektor, seine Überzeugungen zur Notwendigkeit der Kontrolle von Kapitalflüssen sowie seine Priorisierung von Fragen der nationalen Sicherheit. Ein zentraler Punkt ist die Frage nach dem Vertrauen der chinesischen Regierung in den privaten Sektor und nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Insbesondere Maßnahmen zur Stärkung staatlicher Unternehmen lassen auch chinesische Ökonomen an den Zielen der langfristigen Wirtschaftspolitik Chinas zweifeln. Manche vermuten daher, dass auf dem Dritten Plenum die bisherigen wirtschaftspolitischen Richtlinien des Landes neu bewertet und Kurskorrekturen eingeleitet werden sollen.

Auf der anderen Seite hoffen einige optimistischere Ökonomen, dass das dritte Plenum eine breitere Palette von Reformen und politischen Maßnahmen umfassen wird, um Chinas Herausforderungen anzugehen. Von der Förderung des Konsums bis hin zur Verbesserung der sozialen Sicherheit und einer Steuerreform könnten verschiedene Initiativen ergriffen werden, um das langfristige Wachstum und die Stabilität Chinas zu fördern.

Zum jetzigen Zeitpunkt weiß wohl außer der engeren Führung niemand, welche konkreten Ergebnisse das dritte Plenum bringen wird. Die jetzt anstehenden Entscheidungen werden zweifellos Auswirkungen nicht nur auf die weitere Entwicklung in China, sondern auch auf die globale Wirtschaft und die geopolitische Landschaft haben. Auch das wird die chinesische Führung im Blick haben.

Mit den besten Wünschen,

Klaus Mühlhahn

P.S. Leiten Sie diesen Newsletter bitte auch gerne an andere China-Interessierte weiter. Wir freuen uns, wenn unsere Leserschaft weiter wächst.

Autorin: Anja Blanke

Xi Jinping in Frankreich – Der chinesische Staatspräsident befindet sich seit einigen Tagen auf der mit Spannung erwarteten Europa-Reise. Sein erstes Ziel war am Montag Frankreich. Beim Willkommensbankett im Pariser Élysée-Palast betonte er die Bedeutung der chinesisch-französischen Beziehungen. Xi sagte, die Beziehungen der beiden Länder seien insofern besonders, als beide Länder dem Geist der Unabhängigkeit verpflichtet seien. Sechzig Jahre nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen würden Frankreich noch immer die Tradition der gegenseitigen Wertschätzung pflegen. Die chinesisch-französischen Beziehungen seien auch insofern etwas Besonderes, als beide Länder ein starkes Verantwortungsbewusstsein hätten. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, dass China und Frankreich zum Wohle der Welt zusammenarbeiten könnten. Die Welt sei heute von Veränderungen und Turbulenzen geprägt. Die Ukraine-Krise und der palästinensisch-israelische Konflikt dauerten unvermindert an. Der wirtschaftlichen Erholung fehle es an Schwung. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel seien immer schwieriger zu bewältigen. Da China und Frankreich beide ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats seien, müssten sie mehr Verantwortung übernehmen, so Xi. **Unsere Einschätzung:** Vor sechzig Jahren nahm Frankreich als erstes westliches Land diplomatische Beziehungen zu China auf und damit deutlich früher als die meisten anderen westlichen Länder, die dies erst nach dem Ausschluss Taiwans von den Vereinten Nationen im Jahr 1971 taten. Der Staatsbesuch Xi Jinpings unterstreicht die besondere Bedeutung Frankreichs für China. Er spiegelt zugleich aber auch die zunehmende Spaltung innerhalb der Europäischen Union wider. Denn die europäischen Länder sind sich in ihrer Chinapolitik alles andere als einig. [Xinhua](#)

Elon Musk in China – Vor wenigen Tagen reiste Tesla-Chef Elon Musk überraschend nach China. Dort traf er sich u.a. mit dem Ministerpräsidenten Li Qiang. Außerdem schloss er eine Partnerschaft mit dem chinesischen Technologiekonzern Baidu ab. Ursprünglich hatte Musk eine Reise nach Indien geplant, die er allerdings kurzfristig auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschob. Dies löste wiederum heftige Kritik in den indischen Medien aus. Dieser Umstand blieb auch in den chinesischen Medien nicht unkommentiert. Sina Weibo schrieb dazu etwa, dass die indische Seite China oft kritisiere und sich diese Kritik nun auf Musk übertragen habe. Dabei hätte Indien völlig überreagiert, da er seinen Besuch nicht abgesagt, sondern lediglich verschoben habe. Außerdem sei der chinesische Markt für die Entwicklung des Unternehmens Tesla wichtiger als der indische Markt. **Unsere Einschätzung:** Die kurzfristige Absage der Indienreise kann tatsächlich als klares Signal dafür verstanden werden, dass der chinesische Markt für Tesla deutlich wichtiger ist. Es lässt sich nicht leugnen, dass China inzwischen zum wichtigsten Automarkt der Welt geworden ist. In China lief es für Tesla zuletzt nicht mehr so gut wie in den Jahren zuvor, deswegen sah Musk hier wohl dringend Handlungsbedarf. Dies hat ihm allerdings auch Kritik aus seinem Heimatland eingebracht, denn damit widersetzt er sich deutlich der De-Risking-Strategie der USA. [Sina Weibo](#)

Chinesische Auslandsstudierende wollen zurückkehren – Die Renmin Ribao berichtete, dass die Bereitschaft chinesischer Auslandsstudierender, nach ihrem Abschluss einen Beitrag zur Entwicklung ihres Heimatlandes zu leisten, immer mehr zunehme. Laut einer kürzlich vom Business-Netzwerk LinkedIn veröffentlichten Untersuchung gaben im Jahr 2023 rund 84% der im Ausland studierenden Chines:innen an, wieder in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen. Das

seien mehr als noch im Jahr zuvor. Die Hauptgründe liegen zum einen in der Familie und zum anderen darin, dass die Entwicklungsmöglichkeiten in China häufig besser seien als im (westlichen) Ausland. **Unsere Einschätzung:** Es ist zunächst bemerkenswert, dass angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit auch hier wieder auf die Überlegenheit des chinesischen Systems hingewiesen wird. Es kann vielfältige Gründe dafür geben, warum tatsächlich ein Großteil der im Ausland studierenden Chines:innen wieder zurückkehren möchte. Ein Grund kann in dem in den letzten Jahren steigenden anti-asiatischen Rassismus in den USA oder anderen westlichen Ländern liegen. Hinzu kommt, dass sich die westliche Vorstellung, dass sich Chines:innen durch ein Studium in westlich liberalen Gesellschaften auch mit diesen Werten identifizieren, als Illusion entpuppt hat. [Renmin Ribao](#)

Xi Jinpings Botschaft an die chinesische Jugend – Anlässlich des chinesischen Jugendtags am 4. Mai richtete sich der chinesische Staatspräsident Xi Jinping mit einer Botschaft direkt an die Jugend des Landes. Er rief sie dazu auf, Verantwortung für die Modernisierung Chinas zu übernehmen. Er sagte, dass Chinas Jugend aller ethnischen Gruppen auf dem neuen Weg in der neuen Ära als "Speerspitze und vitale Kraft" in verschiedenen Bereichen wie der wissenschaftlichen und technologischen Innovation, der Wiederbelebung des ländlichen Raums, der umweltfreundlichen Entwicklung, der sozialen Dienste und der Verteidigung des Landes fungiere und dem Ruf der Partei und des Volkes folge. Das Zentralkomitee der KPCh habe volles Vertrauen in die Jugend und setzt hohe Erwartungen in sie, so Xi. Außerdem forderte er die Jugend dazu auf, den Geist der Vierten-Mai-Bewegung weiterzutragen und der Partei entschlossen zu folgen. **Unsere Einschätzung:** Der chinesische Jugendtag wird jedes Jahr am 4. Mai gefeiert. Er wurde im Jahr 1949 zum Gedenken an die Vierte-Mai-Bewegung 1919 eingeführt. Die Vierte-Mai-Bewegung gilt bis heute als grundlegender Wendepunkt der nationalen Erweckung. Kern der Bewegung waren damals vor allem Chinas Jugend. Doch ein nicht unerheblicher Teil der Jugend ist gegenwärtig sehr frustriert über die jüngsten Entwicklungen in China unter Xi Jinping. Zu dieser Entwicklung haben u.a. die hohe Jugendarbeitslosigkeit oder die zunehmenden Konflikte Chinas mit dem Westen beigetragen. Deswegen ist es für Xi dringend geboten, den Bedürfnissen und Sorgen der jüngeren Generation Chinas gerecht zu werden. Denn ein Blick in die Geschichte der letzten rund einhundert Jahre zeigt, dass nahezu alle Aufstände und Umstürze von Chinas Jugend ausgegangen sind. [Renmin Ribao](#)

News aus Taiwan:

China-Reise untergräbt nationale Sicherheit – Nach der Rückkehr einer KMT- Delegation aus China erhoben Mitglieder der Demokratische Fortschrittspartei (DPP) und der Taiwanischen Staatsbildungspartei (TSP) nun schwere Vorwürfe gegen den Delegationsleiter Fu Kun-Chi. Mit dieser Reise würde er nationale Sicherheitsgesetze aushebeln und die nationale Sicherheit untergraben. Der TSP-Generalsekretär wies darauf hin, dass Fu nach seiner Rückkehr versucht habe, das Anti-Infiltrationsgesetz und das nationale Sicherheitsgesetz zu ändern. Außerdem fügte er hinzu, dass die Menschen sehen, dass die KMT-Gesetzgeber versuchten, eng mit China zusammenzuarbeiten. **Unsere Einschätzung:** Es lässt sich schwer beurteilen, ob Abschottung von oder Dialog mit China die bessere Strategie für die Sicherheit in der Taiwanstraße ist. Die politische Landschaft in Taiwan ist in dieser Frage tief gespalten. Eine Vertiefung dieser Gräben könnte Taiwan langfristig in jedem Fall schwächen und somit der langfristigen Vereinigungsstrategie Chinas in die Hände spielen. Denn nach den Wahlen im Januar hat keine Partei eine Mehrheit im Parlament. Das heißt, um neue Gesetze zur Lösung der großen innenpolitischen Herausforderungen Taiwans durchzusetzen, müssen die Parteien jenseits ihrer

politischen Lager einen Weg finden, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Insofern darf durchaus in Frage gestellt werden, ob solche Reisen nach China gegenwärtig einen Beitrag für Taiwan leisten können. [Taipei Times](#)

Hinweis: Manchmal funktionieren Links nach China nicht. Wir bitten Sie, es etwas später nochmals zu probieren. Wir halten die Artikel auch in pdf-Form vor, falls es einmal nicht funktionieren sollte.

Inside China

AboutChina

NewAtCIDW

ChinaCalendar

ChinaJobs

Autorin: Julia Haes

Drittes Plenum des Zentralkomitees im Juli – In einem wortreichen Bericht kündigte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua letzten Dienstag an, dass das dritte Plenum des 20. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Juli in Peking stattfinden wird. Gemäß der Agenda wird das Politbüro dem Zentralkomitee über seine Arbeit Bericht erstatten, und in der Sitzung werden vor allem Fragen der weiteren umfassenden Vertiefung der Reformen und der Weiterentwicklung der Modernisierung Chinas behandelt. Das dritte Plenum ist die dritte von sieben Sitzungen des Zentralkomitees innerhalb einer Wahlperiode. Das Zentralkomitee wird alle fünf Jahre auf dem Parteitag der KP gewählt. Das erste und das zweite Plenum konzentrieren sich meist auf Aufgaben der neuen Führung und Personalangelegenheiten. Auf dem dritten Plenum, das in der Regel ein Jahr nach der Wahl stattfindet, werden häufig politische Maßnahmen angekündigt, die die Richtung der nächsten Jahre vorgeben. Die wegweisendsten Sitzungen fanden 1978 (Reform und Öffnung unter Deng Xiaoping) und 1993 (Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft unter Jiang Zemin) statt. Das dritte Plenum 2013, ein Jahr nach Xi Jinpings Amtsantritt, erregte weltweite Aufmerksamkeit, da es versprach, dem Markt eine entscheidende Rolle bei der Ressourcenallokation zukommen zu lassen, und Dutzende marktorientierter Reformmaßnahmen vorlegte. Das dritte Plenum im Jahr 2018 war das erste im Frühjahr seit mehreren Jahrzehnten und konzentrierte sich eher auf eine Umbesetzung des Personals der Kommunistischen Partei und Reformen staatlicher Institutionen als auf wirtschaftliche Fragen. **Unsere Einschätzung:** Der Erwartungsdruck ist angesichts des späten Termins für das dritte Plenum und der vielen Spekulationen über mögliche Themen enorm. Trotz der umfangreichen Themenliste in der Ankündigung bleibt offen, was China aktuell unter „Reform“ versteht und was wie „reformiert“ werden soll. Die Reformen von 2013 wurden von Peking und anderen, aber auch von Peking seit 2013 unterschiedlich ausgelegt, und einiges wurde wieder zurückgenommen. [Pekingology](#); [South China Morning Post](#)

Die wahren Gründe für Pekings Nuklearwaffenprogramm – Der Ausbau des chinesischen Nuklearwaffenarsenals geht massiv voran. Bis 2030 soll Peking laut Schätzungen des Pentagons über 1.000 Atomsprengköpfe verfügen. Tong Zhao, Senior Fellow an der Carnegie Endowment for International Peace, plädiert in Foreign Affairs für eine gründliche Analyse von Pekings Motivation. Er sieht in dem Ausbau den Versuch Pekings, Washington dazu bewegen, Chinas Aufstieg als wichtiger Akteur zu akzeptieren, und die politischen Entscheidungsträger in den USA davon überzeugen, dass sie nicht in der Lage sein werden, China einzudämmen, zu stören oder zu destabilisieren. Der Aufbau der Nuklearwaffen als „strategische Gegengewichtsmission“ ist demnach ein Versuch, die Vereinigten Staaten zu einer entgegenkommenderen Haltung gegenüber China zu zwingen. Pekings Pessimismus ist teilweise auf die wahrgenommene Doppelmoral der USA im Nuklearbereich zurückzuführen. Die US-Regierung akzeptiert nicht, dass China das Recht hat, die gleichen Nuklearstrategien zu verfolgen wie die USA. Washington hält an

der Option für den ersten Einsatz von Atomwaffen fest, äußert jedoch Bedenken, dass China möglicherweise von seinem bedingungslosen Versprechen abweicht, nicht zuerst Atomwaffen einzusetzen – eine Verpflichtung, die China nach eigener Aussage nicht brechen wird. US-Entscheidungsträger erklären diese Doppelmoral mit dem Hinweis, dass amerikanische Sicherheitsziele legitimer seien als die Chinas. Laut dem Autor bedarf es zur Stabilisierung des beginnenden nuklearen Wettrüstens zwischen den USA und China eines Dialogs. Ein solcher stehe voll und ganz im Einklang mit den Zielen der USA und Chinas. Die regelbasierte internationale Ordnung, für die sich Washington einsetzt, beruht auf der gegenseitigen Anerkennung legitimer Interessen und der akzeptablen Mittel zu deren Verfolgung. Chinesische Beamte haben in hochrangigen Regierungserklärungen und jüngsten Dokumenten wiederholt betont, wie wichtig es sei, „die legitimen Sicherheitsinteressen anderer Länder zu berücksichtigen“ und „unverminderte Sicherheit für alle Länder“ zu gewährleisten. Diese Gemeinsamkeit der Positionen solle man sich zunutze machen. Der Autor schlägt als ersten Schritt vor, dass sich China und die USA dazu verpflichten, den territorialen Status quo im asiatisch-pazifischen Raum nicht mit militärischen Mitteln zu verändern. Ein solches Abkommen oder gegenseitige einseitige Erklärungen mit demselben Ziel würden die Glaubwürdigkeit der Behauptungen Chinas, friedlich aufzusteigen, erheblich stärken, dazu beitragen, faire und gerechte Verhaltensregeln festzulegen, eine gemeinsame Vision für regionale Stabilität zu fördern und die Motivationen aller Beteiligten für den militärischen Aufbau verringern. **Unsere Einschätzung:** Der Dialog über „legitime Sicherheitsinteressen“ wäre unbedingt wünschenswert. Allerdings scheint es momentan so, dass die USA kein Interesse daran haben. China hat im Februar eine Einladung zu Atomwaffengesprächen an Washington ausgesprochen. Diese ist allerdings unbeantwortet geblieben. [Foreign Affairs](#)

Viele Ziele von „Made in China 2025“ wurden schon erreicht – Im Jahr 2015 startete China einen ehrgeizigen Zehnjahresplan mit dem Titel „Made in China 2025“, um innerhalb von zehn Jahren Eigenständigkeit, Innovation und Stärke in der Fertigungsindustrie zu erreichen. Damals stand China am unteren Ende der globalen industriellen Wertschöpfungskette und produzierte überwiegend billige und technisch rückständige Produkte. Mit dem Handelskrieg zwischen den USA und China verschwanden viele Informationen über „China 2025“ aus dem öffentlichen Blick, aber die Ziele wurden weiterverfolgt. Laut einer Analyse der South China Morning Post wurden mehr als 86% der über 260 Ziele in zehn Schlüsselbereichen bereits erreicht und einige werden vermutlich noch dieses Jahr erreicht werden. In den Bereichen Robotik, Landtechnik, Biopharmazeutika und Meerestechnik wurden alle gesetzten Ziele erreicht. In anderen Bereichen wie der Informationstechnologie, der Fotolithografie, der Elektromobilität, der Luft- und Raumfahrt und der Energiegewinnung wurden viele, aber nicht alle Ziele erreicht. Der Sektor mit der niedrigsten Abschlussquote sind neue Materialien mit derzeit nur 75%. Die Autoren führen diese Erfolge nicht zuletzt auf die Handlungsbeschränkungen zurück, die China gezwungen haben, sich weiterzuentwickeln. Auch andere Länder haben Industrieentwicklungspläne gestartet wie die „Industrie 4.0“ (Deutschland, 2013), die „Industrielle Internetrevolution“ (USA, 2013), die „Digitale Modernisierung des Fertigungssektors“ (Japan, 2015) und das „Neue Industrielle Frankreich“ (Frankreich, 2015). Ein von Forschern der Chinese Academy of Engineering (CAE) entwickelter Index misst die Gesamtproduktion und Dimensionen wie die wirtschaftliche Effizienz, Innovation und Industriestruktur des verarbeitenden Gewerbes in neun großen Ländern. Im Jahr 2012 erreichte China 89 Punkte und lag damit weltweit auf dem vierten Platz hinter den USA (156), Japan (126) und Deutschland (119). Im Jahr 2022 lag China mit 124 Punkten immer noch auf dem vierten Platz, aber mit deutlich geringerem Abstand zu den USA (182), Deutschland (133) und Japan (126). **Unsere Einschätzung:** Eine Zielerreichungsquote von 86% ist beachtlich. Auch wenn es an vielen Stellen, etwa bei den eingesetzten finanziellen

Ressourcen, hohe Streuverluste gegeben haben dürfte, zeigt dieses Ergebnis eindrucksvoll, dass China seine Ziele beharrlich verfolgt. Gleichzeitig waren alle diese Ziele ökonomischer Natur. „Made in China 2025“ hat China nicht dabei geholfen, weitreichende politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen. Das Programm hat China auch nicht vor der Immobilienkrise bewahrt. Laut dem Index hatte Deutschland in zehn Jahren deutlich geringere Produktivitätssteigerungen als die USA und China. Wir sollten uns überlegen, wie wir es schaffen, unsere Wirtschaft schneller voranzubringen. [South China Morning Post](#)

China setzt weiterhin auf Stärkung des Angebots – China steht in den letzten Monaten in der Kritik wegen seines Handelsüberschusses. Seit der Immobilienkrise fließen die Investitionen, die vorher zum Aufbau von Wohnraum und Infrastruktur genutzt wurden, mehr in die Produktion als in den privaten Konsum und führen zu einem Überangebot. Viele chinesische und internationale Ökonomen glauben, dass das Land eine weitere Phase robusten Wachstums sichern könnte, wenn es in der Lage wäre, den Konsum seiner eigenen Bürger anzukurbeln. Bisher hat die Regierung aber radikalere Maßnahmen wie Geldtransfers an Verbraucher oder tiefgreifendere Wirtschaftsreformen gemieden. Die jüngste Kampagne ist stattdessen auf den Aufbau von „neuen Qualitätsproduktivkräften“, also mehr Investitionen in die High-End-Fertigung wie Elektrofahrzeuge, grüne Energieindustrien und KI, gerichtet. Dieses Vorgehen war schon nach der Finanzkrise 2008 und bei der Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft 2015-16 zu erkennen. Mit der Ankurbelung des Konsums tut sich die Partei schwer. Xi möchte vermeiden, dass China durch direkte Transfers an die privaten Haushalte „in die Falle des ‚Wohlfahrtsstaats‘ tappen [könnte], der Faulheit fördert“. Mit einem höheren Konsum würde auch die Rolle des verarbeitenden Gewerbes oder der Investitionen in der Wirtschaft abnehmen. Dies könnte durch die Abschaffung von Chinas kompliziertem Subventionssystem für Produzenten erreicht werden, das staatliche Infrastrukturinvestitionen, Zugang zu billigen Arbeitskräften, Land und anderen Krediten umfasst. So eine Maßnahme im großen Stil würde zwar den Anteil des privaten Konsums am BIP steigen lassen, würde aber zu einer Schrumpfung des BIP insgesamt führen, da die Hersteller darunter leiden würden. Dies war für Xi offensichtlich keine politisch bevorzugte Option. **Unsere Einschätzung:** Das Modell der letzten 40 Jahre, in dem Wirtschaftswachstum stets durch die Stärkung des Angebots erzielt werden konnte, scheint nicht mehr zu funktionieren. Ob der Umbau ohne radikale Reformen möglich ist, ist ungewiss. Im Immobiliensektor haben die eigentlich richtigen und wichtigen Maßnahmen aufgrund der engen Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft massive Nebeneffekte mit sich gebracht. Das zeigt, wie unberechenbar radikale Maßnahmen sind. Wenn nicht mehr nur die relativ lokale Immobilienbranche betroffen ist, sondern der gesamte chinesische Markt, wird das massive Auswirkungen auch auf die Weltwirtschaft haben. Insoweit müssen Unternehmen sich auf verschiedene Szenarien auf dem chinesischen Markt einstellen. [Financial Times](#)

„Wässrige“ Batterie mit hoher Energiedichte – Laut einem am 23. April in der Wissenschaftspublikation Nature Energy veröffentlichten Artikel haben chinesische Wissenschaftler eine Wasser-basierte Batterie mit beinahe der doppelten Energiedichte einer herkömmlichen Lithiumbatterie entwickelt. Die wässrige auf Jod- und Brombasis hat eine Energiedichte von 1200 Wattstunden pro Liter (Wh/L) im Vergleich zu den 700 Wh/L herkömmlicher nichtwässriger Lithiumbatterien. Bisher sind Lithiumbatterien aufgrund ihrer hohen Energiedichte weltweit der Standard. Sie enthalten eine nichtwässrige Elektrolytlösung, die das Laden und Entladen der Batterie ermöglicht, aber auch leicht entflammbar ist. Die wässrige Batterie ist laut den Wissenschaftlern sicherer, weil die wasserbasierte Elektrolytlösung weniger leicht entflammbar ist. Ursprünglich waren wässrige Batterien wegen ihrer geringen Energiedichte nur für die stationäre Energiespeicherung im großen Maßstab interessant. Mit

neuen sicheren Wasserbatterien könnten sich, so die Wissenschaftler, neue Entwicklungsoptionen für die Energiespeicherung und sogar für Elektrofahrzeuge bieten. **Unsere Einschätzung:** Chinesische Wissenschaftler forschen weiter intensiv an der Batterietechnologie, in der sie ohnehin schon weltweit führend sind. Bei aller Kritik an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zeigt sich, dass für die Beobachtung neuer, innovativer Lösungen der Blick nach China unvermeidbar ist. [South China Morning Post](#)

Inside China

AboutChina

NewAtCIDW

ChinaCalendar

ChinaJobs

Podcast "China Ungeschminkt: Der Zweite Weltkrieg in China"

Am 8. Mai jährt sich das Ende des zweiten Weltkriegs für Europa. Meine beiden Podcast-Cohosts Anja Blanke und Klaus Mühlhahn haben das zum Anlass genommen, über Chinas Rolle im Zweiten Weltkrieg und die Erinnerung daran aus chinesischer Perspektive zu sprechen.

Wir betrachten den Zweiten Weltkrieg vor allem aus europäischer Perspektive, doch der Krieg im Pazifik, insbesondere in China, bleibt in deutschen Schulen oft unbehandelt. Die offizielle Kriegserklärung erfolgte am 7. Juli 1937, als japanische Truppen die Marco-Polo-Brücke in der Nähe von Peking besetzten. Dies markierte den Beginn des "Antijapanischen Widerstandskriegs". Einige chinesische Historiker sagen aber, der Krieg in China begann bereits 1931, als Japan in die Mandschurei einmarschierte. Japan hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts versucht, seinen Einfluss in China auszudehnen, was schließlich zur Eskalation führte. Die Japaner eroberten wichtige Städte und isolierten die industriellen Küstenregionen vom Hinterland. Das Massaker von Nanjing im Dezember 1937, bei dem mindestens 50.000 Chinesen getötet wurden, stellt eines der grausamsten Kriegsverbrechen dar.

Während des Krieges bildeten die verfeindeten Kommunisten und Nationalisten Chinas eine ungewöhnliche Zweite Einheitsfront gegen Japan. Dieses Bündnis, obwohl brüchig, ermöglichte einen vereinten Widerstand gegen den japanischen Angriff. Die Konflikte innerhalb der Einheitsfront, einschließlich Hierarchieprobleme und Misstrauen, beeinträchtigten allerdings die Effektivität der Kampfhandlungen. Trotzdem trat China entschlossen in den Krieg ein, um sein Territorium zu verteidigen. Der Krieg gegen Japan führte zu enormen Opfern und Zerstörungen und machte frühere Fortschritte zunichte. Anfangs erhielt China nur begrenzte Unterstützung, hauptsächlich von der Sowjetunion. Als diese Unterstützung nachließ und die Ostküste fast vollständig von Japan erobert wurde, schien eine totale Niederlage nahe. Die Zweite Einheitsfront zerbrach endgültig, als nationalistische Verbände 1941 eine kommunistische Division vernichteten und Mao das Bündnis für beendet erklärte. Ein wichtiges Etappenziel hatte Mao aber trotzdem erreicht: Er sah den Krieg nicht nur als patriotische Pflicht, sondern auch als Möglichkeit, die Kommunistische Partei zu stärken. Trotz der düsteren Lage Ende 1941 gelang es dem hartnäckigen chinesischen Widerstand, weitere japanische Fortschritte zu vereiteln.

Während des restlichen Krieges wurde China de facto in verschiedene Gebiete aufgeteilt: Die Guomindang (GMD) unter Chiang Kai-shek kontrollierte das Binnenland, während die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihre Macht in den ländlichen Gebieten im Norden ausweitete. Die Küstengebiete wurden von kollaborierenden Regierungen unter japanischer Führung kontrolliert. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Jahr 1941 schloss sich China den Alliierten an und der Widerstand gegen Japan wurde Teil des globalen Zweiten Weltkriegs. China erhielt nun wichtige Unterstützung von den Vereinigten Staaten, die Chiang Kai-sheks Armee mit Waffen belieferten. Dies begünstigte auch die Kommunisten, da Mao seine Machtbasis in Yan'an festigte und massenhaft Zulauf erhielt. Die US-Berater nahmen im Juli 1944

erstmalig Kontakt mit Mao auf. Unter dem Deckmantel der "Dixie Mission" erhielten die Kommunisten moderne Waffen und Training, und Chiang Kai-shek musste widerwillig zustimmen. Mao akzeptierte die Hilfe der USA, um seine Position gegenüber Chiang Kai-shek zu stärken und sich auf den bevorstehenden Machtkampf vorzubereiten.

Der Zweite Weltkrieg in China endete nicht durch militärische Siege, sondern infolge des japanischen Zusammenbruchs nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Die USA nahmen die Republik China symbolisch in die alliierte Führung auf, was zu Chinas Status als permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates führte. Trotz der Bildung einer Koalitionsregierung zwischen den USA und der Sowjetunion in China brach ein Bürgerkrieg aus. Nach erfolglosen Verhandlungen zwischen Chiang Kai-shek und Mao Zedong endete der Konflikt 1949 mit einem Sieg der Kommunisten und der Flucht der GMD nach Taiwan.

Die chinesische Erinnerungspolitik

Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 wurde der Zweite Weltkrieg zunächst kaum thematisiert, da der kommunistische Staatsaufbau und die Wiedervereinigung des Landes Vorrang hatten. Mao unterdrückte öffentliche Diskussionen über den Krieg und die japanischen Kriegsverbrechen. Erst in den 1980er Jahren änderte sich die Erinnerungskultur. Neue Geschichtsmuseen und Gedenkstätten entstanden, und auch die Unterhaltungsindustrie griff das Thema auf. Der Film "The Bloody Battle of Taierzhuang" markierte einen Wendepunkt, indem er nicht nur kommunistische Helden, sondern auch die Nationalisten positiver darstellte. Dennoch blieb die Diskussion über den Krieg Teil eines breiteren Arguments über die chinesische Revolution. Die positive Erwähnung der Rolle der Nationalisten im Krieg war politisch heikel, da sie den kommunistischen Nationalismus und die sozialen Reformen in Frage stellen konnte.

Rana Mitter beschreibt in "China's Good War", wie die Erinnerungspolitik der VR China an den Zweiten Weltkrieg im Laufe der Zeit verändert und politisch instrumentalisiert wurde. Besonders in den 1980er Jahren propagierte die Kommunistische Partei ein neues Erinnern an den Krieg, auch als Schritt zur Annäherung an Taiwan. Unter Xi Jinping verstärkte sich diese Tendenz weiter. Geschichtsbücher und Filme betonten nun verstärkt die Rolle der Nationalisten im Kampf gegen Japan. Der Film "Ba Bai" verdeutlicht diesen Wandel. Obwohl er die GMD-Soldaten positiv darstellt, wurde er wegen Bedenken über eine zu weitgehende Darstellung und Verherrlichung der Nationalisten zunächst zurückgezogen und später in gekürzter Form veröffentlicht. Trotzdem war er 2020 weltweit der kommerziell erfolgreichste Film.

Peking betont Gemeinsamkeiten zwischen China und Taiwan als Teil der Vereinigungsstrategie. Xi Jinping unterstrich dies kürzlich bei einem Treffen mit Ma Ying-jeou. Er hob die gemeinsame Kultur und Geschichte hervor, lehnt Unabhängigkeitsbestrebungen ab und fördert den Austausch. Diese Aussagen spiegeln sich zunehmend in der Geschichtspolitik und im Erinnern an den Zweiten Weltkrieg wider. Eine treibende Kraft dafür war die Sorge vor dem internationalen Wiedererstarken Japans, weshalb man in den Grausamkeiten, die Japan verursachte, eine Möglichkeit sah, den globalen Einfluss des Landes zu verringern.

Rana Mitter hebt den zunehmenden Nationalismus hervor, der besonders unter Xi Jinping stark ausgeprägt ist. Dieser "neue" Nationalismus basiert auf einer Neuinterpretation des Zweiten Weltkriegs durch die chinesische Regierung, um Chinas Position auf der globalen Bühne zu legitimieren und regionale Dominanz in Asien zu demonstrieren. Peking nutzt historische Ereignisse wie die Kairo-Konferenz von 1943, um seine aktuellen Expansionen im Südchinesischen Meer zu rechtfertigen, obwohl sie damals von den Nationalisten unter Chiang Kai-Shek geleitet wurden, nicht von der kommunistischen Partei unter Mao Zedong. China beruft sich auf den Zweiten Weltkrieg, um Gebietsansprüche zu untermauern und seine Rolle in der

internationalen Ordnung zu betonen. Letztlich dient die Rehabilitation der Kriegsbilanz der Nationalisten dazu, Chinas Streben nach größerem Einfluss zu rechtfertigen.

Das Verhältnis zwischen China und Japan

Das Verhältnis zwischen China und Japan ist aufgrund der unzureichenden Aufarbeitung der Kriegsverbrechen durch Japan weiterhin belastet. Trotz Versuchen und öffentlicher Entschuldigungen japanischer Politiker gibt es keine vollständige Aussöhnung. Japan weigerte sich beispielsweise 2015, eine offizielle Entschuldigung für seine Kriegsverbrechen auszusprechen. Es fehlt in Japan – im Gegensatz zu Deutschland – ein gesellschaftlicher Konsens über den Krieg und die begangenen Verbrechen. Die Erinnerung an den Krieg erfolgt vor allem aus der Opferperspektive aufgrund der beiden Atombombenabwürfe. Die Spannungen zwischen den beiden Ländern wurden auch unter dem ehemaligen Premierminister Shinzo Abe sichtbar, der sich gegen wiederholte Entschuldigungen aussprach und darauf hinwies, dass Japan bereits mehrfach Reue gezeigt habe.

Auch Abes Nachfolger Fumio Kishida zeigte kaum Anzeichen eines Umdenkens in Bezug auf die Kriegsaufarbeitung. Letztes Jahr löste er Debatten aus, als er dem umstrittenen Yasukuni-Schrein eine Opfergabe zukommen ließ, was besonders in China heftige Kritik hervorrief. China hat in der Vergangenheit immer wieder Erinnerungen an die Grausamkeiten geschürt und die antijapanische Stimmung instrumentalisiert, um die eigene Beliebtheit zu steigern und die feindselige Stimmung gegenüber Japanern aufrecht zu erhalten. Die Vorurteile sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert und haben zu Gewalt und Vandalismus gegen Japaner und japanische Unternehmen geführt. Insgesamt sind China und Japan politisch weit von einer echten Aussöhnung entfernt.

Die Perspektive Taiwans

In Taiwan ist das Erinnern an den Zweiten Weltkrieg und die folgenden Ereignisse komplex. Die Geschichte Taiwans als ehemalige japanische Kolonie prägt das Erinnerungsklima. Während des Krieges dienten über 200.000 Taiwaner in den japanischen Streitkräften, und viele sehen die japanische Kolonialzeit ambivalent, da sie wirtschaftliche Entwicklung und Bildungsausbau brachte. Das Trauma der KMT-Diktatur verklärte teilweise die japanische Kolonialherrschaft. Die Schattenseiten, wie Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung, sind wenig bekannt und wurden lange tabuisiert. Das Gedenken an das Kriegsende spielt in Taiwan kaum eine Rolle, ebenso wenig wie die japanischen Kriegsverbrechen, obwohl einige Taiwanerinnen als Trostfrauen betroffen waren. Die taiwanische Regierung zeigt sich gegenüber Japan zurückhaltend, um die diplomatischen Beziehungen nicht zu belasten. Tsai Ing-Wen äußerte bereits 2016, dass öffentliche Gedenkveranstaltungen für Kriegsoffer nicht mehr stattfinden sollen. Die komplexe historische Situation Taiwans beeinflusst das Erinnerungsklima und führt dazu, dass die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs im öffentlichen Bewusstsein eine geringere Rolle spielen als in der Volksrepublik China. Die VR China kritisiert Taiwans Entscheidung, nicht mehr öffentlich der Opfer des Zweiten Weltkriegs zu gedenken. Dies wird als Geschichtsvergessenheit betrachtet und als Teil der Entsinisierung Taiwans interpretiert. Der unterschiedliche Umgang mit dem Krieg vertieft die politischen Spannungen zwischen den beiden Seiten.

Die komplette Folge finden Sie auf unserer [Website](#) oder bei [Apple Podcast](#), [Amazon Music](#) oder [Spotify](#).

Die wichtigsten China-Termine der nächsten zwei Wochen:

- [08.05. - Tianjin-Xiqing District: „Tianjin – Teil von etwas ganz Großem“](#)
- [10.05. - European Chamber & Roland Berger: European Business in China - Business Confidence Survey Launch 2024](#)
- [14.05. - Swiss Chinese Chamber of Commerce: Swiss-Chinese Life Sciences Forum](#)
- [15.05. - SPECTARIS Verband / Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH: Stimmungen und aktuelle Entwicklungen in China – Navigationshilfen für Entscheidungen und Investitionen](#)
- [15.05. - China Macro Group: Staying in Dialogue with China series: Prof. LU Feng on „ Market-oriented Reforms“](#)
- [15.05. - Konfuzius-Institut Ruhr : Die China-Tourneen der Berliner Philharmoniker als Teil der deutschen Kulturdiplomatie zwischen 1979 und 2018](#)
- [15.05. - China-Team: ChinaClub Meetup – Buchvorstellung von Wolfgang Hirn](#)
- [15.05. - European Chamber: 2024 Human Capital Conference: Empowering Employees Amid China’s Shifting Business Dynamics](#)
- [16.05. - China Brand: Compliance-Anforderung für den grenzüberschreitenden Datenverkehr](#)
- [16.05. - EU SME Centre & European Chamber: Navigating Cross-Border Data Rules: A Practical Guide for EU SMEs](#)
- [17.05. - Konfuzius-Institut München: Goethe und China: Fluchort eines Geistes – oder Möglichkeiten einer dichterischen Begegnung](#)
- [21.05. - European Chamber: Beyond Cybersecurity Conference 2024: Navigating The Digital Frontier](#)
- [23.05. - China-Team: Talkshow „Xiaolong Hu“](#)
- [24.05. - sinokultur Zürich: sinokultur im Salon: Wong Chi-yung](#)

Wenn Sie auch Ihren Termin hier ankündigen wollen, nehmen Sie mit uns Kontakt auf: chinapolitan@cidw.de.

Aktuelle Stellenanzeigen mit China-Bezug von deutschen und internationalen Unternehmen:

- [Landguth Heimtiernahrung GmbH sucht Sales Manager Asia / Greater China \(m/w/d\)](#)
- [Rausch & Pausch GmbH sucht ECU Systemingenieur China \(m/w/d\)](#)
- [Thermo Fisher Scientific sucht HRBP, China Service](#)
- [Firmenich SA sucht Flavorist Trainee Savory, China, TTH](#)
- [Air China Limited sucht Cargo Operation Agent/in](#)
- [Parker Hannifin Management GmbH sucht Design Engineer Valve, Controls Division China](#)
- [Bloomberg L.P. sucht China Night News Reporter](#)
- [Asia-Pacific Management Consulting GmbH sucht Finance Manager China \(German Factory in Kunshan, China\)](#)

- [FS.COM GmbH sucht Mitarbeiter Finanzabteilung - Buchhaltung \(m/w/d\) mit Option Leitung Finanzen](#)
- [The European Union Chamber of Commerce in China sucht Business And Government Affairs Assistant](#)
- [BYD EUROPE sucht Project Management Engineer-China](#)
- [Gloryfeel sucht B2B Business Development Manager - China \(m/w/d\)](#)
- [Ernst & Young sucht \(Senior\) Consultant Tax für China Competency Center \(w/m/d\)](#)
- [Want Want Europe GmbH sucht Sales Administrator / Sachbearbeiter für Vertriebsinnendienst \(m/w/d\)](#)
- [Schneider Prototyping GmbH sucht China Operations Manager \(m/w/d\)](#)

Sollen wir hier auch Ihre Stelle mit China-Bezug ausschreiben? Kontaktieren Sie uns: chinapolitan@cidw.de.

CONTACT & IMPRINT

Redaktion: Dr. Anja Blanke, Dr. Julia Haes

CIDW Service GmbH
 Geschäftsführerin: Dr. Julia Haes
 Blumenstraße 3 – 82327 Tutzing
 Tel. +49 8158 925 944-0
chinapolitan@cidw.de
www.cidw.de

Transparent, differenziert, pragmatisch – ist Auftrag und Leitmotiv: Das China-Institut für die deutsche Wirtschaft (CIDW) berichtet aus und über China, ordnet ein und bringt die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Das CIDW bietet mit verschiedenen Veranstaltungsformaten eine Plattform für den Austausch von Ideen, ein auf China spezialisiertes Beratungs- und Trainingsangebot sowie wissenschaftlich fundierte Forschung und chinabezogene Recherchen. Praxisorientiert liefert das CIDW Impulse und Denkanstöße für die Beratungsbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Chinas.